



Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente

Kulturhoheit in der Wahrnehmung der Landesparlamente

1. Der Kultursektor hat besonders unter den mit der Corona- Pandemie verbundenen Einschränkungen gelitten. Kultur ist auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, vor allem aber die unverzichtbare Grundlage des geistigen und kulturellen Reichtums Deutschlands. Die Präsidentinnen und Präsidenten sprechen sich dafür aus, kulturelle Belange wieder stärker in den Fokus politischer Aufmerksamkeit zu rücken. Auch und gerade in Krisenzeiten sollte der Kulturbereich die ihm gebührende Aufmerksamkeit erfahren.
2. Gerade im kulturellen Sektor zeigen sich Geschichte, Gegenwart und vor allem Perspektiven des Föderalismus. Die Kulturhoheit der Länder ist untrennbar mit der frühneuzeitlichen Staatsentstehung verbunden und ist bis heute Ausdruck der Leistungsstärke, gesellschaftlichen Innovationskraft und Menschenfreundlichkeit eines föderalen Systems. Kein anderes Land der Welt verfügt über eine derartige Dichte von Kultureinrichtungen in dezentraler Verantwortung wie Deutschland. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind sich zudem darüber einig, dass Kunst und Kultur eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt haben. Es ist daher ihr Bestreben, den Erhalt kulturellen Reichtums sicherzustellen. Dabei sollte Kultur nicht nur einem exklusiven Kreis, sondern der Allgemeinheit zugänglich sein. Insbesondere in ländlichen oder wenig besiedelten Regionen sollte zu diesem Zweck die kulturelle Infrastruktur gestärkt werden.
3. Das digitale Zeitalter eröffnet ganz neue Möglichkeiten für die kulturelle Daseinsvorsorge. Kulturgut kann ortsungebunden, barrierearm und ohne zeitliche Grenzen zugänglich gemacht und vielschichtig präsentiert werden. Durch die verfügbaren Technologien besteht zudem die Chance, auch jüngere Besucher zielgruppengerecht ansprechen und erreichen zu können. Die Anstrengungen beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Kulturbereich, gerade im Bereich der kulturellen Bildung und Vermittlung, sollten nach Auffassung der Präsidentinnen und Präsidenten weiter verstärkt werden. Nicht zu vergessen ist hierbei auch das Sammeln und Bewahren von Kulturgut. Die Inventarisierung und Digitalisierung der vielfältigen Bestände ist essentiell für den Schritt in die digitale Welt.

4. Die Präsidentinnen und Präsidenten streben zudem an, die in ihren Häusern ausgerichteten kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen der interessierten Öffentlichkeit – soweit möglich und sinnvoll – auch über digitale Formate zugänglich zu machen. Damit nehmen die Landesparlamente nicht nur eine Vorbildfunktion beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik ein, sondern ermöglichen es Kulturschaffenden auch in einer Zeit ausbleibender Auftritte, ihre Kunst zu präsentieren.
5. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind sich einig, dass die Freiheit von Kunst und Wissenschaft jeweils weit zu verstehen ist und nicht auf bestimmte Ideologiekorridore verengt werden darf. In Kultur und Wissenschaft darf es keine Denkverbote geben – nur dann können sie ihre Kraft für die Weiterentwicklung der Gesellschaft entfalten. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind sich einig, dass den Parlamenten hinsichtlich der eigenen Debattenkultur eine Vorbildfunktion zukommt.
6. Die Präsidentinnen und Präsidenten stimmen darin überein, dass ein verstärkter Austausch der Landesparlamente über kulturpolitisch relevante Fragen wünschenswert ist. Sie streben deswegen an, kulturellen Belangen nicht nur im eigenen Parlament mehr Raum zu geben, sondern in diesen Fragen zukunftsorientiert zusammenzuarbeiten. Ziel muss es sein, der Kultur den ihr gebührenden Stellenwert für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft zu sichern.